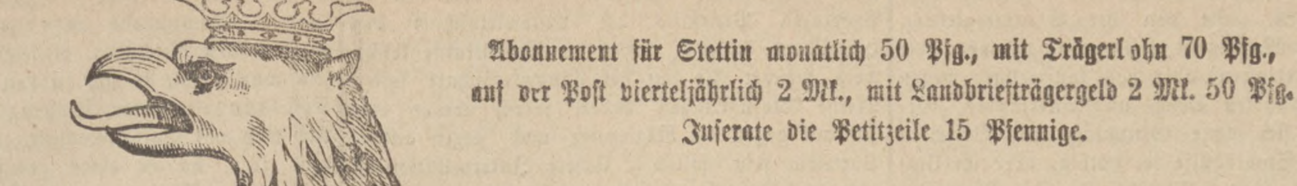
Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Dienstag, den 13. April 1886. Nr. 174.

Landtags-Verhandlungen.

Herrenhaus.

13. Sitzung vom 12. April.

Der Präsident Herzog von Ratibor eröffnet die Sitzung um 12¼ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Ministertische: Fürst Bismarck, v. Puttkamer, v. Goßler, Dr. Friedberg, v. Bötticher.

Tagesordnung:

Bericht der 11. Kommission über die kirchenpolitische Vorlage.

Bischof Dr. Kopp hat die in der Kommission eingebrachten und dort abgelehnten Anträge wieder eingebracht.

Von den Herren Bernuth, Beseler, Friedländer, Friedensburg, Miquel, Ostermeyer, Röpell, Struckmann, Breslau, Graf v. Schwerin u. A. wird folgende Resolution zur Annahme empfohlen: „Das Herrenhaus wolle beschließen, der königlichen Staatsregierung seine fortdauernde Bereitwilligkeit zu erklären, bei einer abschließenden Revision der kirchlichen Gesetzgebung, soweit die unveräußerlichen Rechte des Staats dieselbe zulassen, behufs Herbeiführung eines friedlichen Verhältnisses zu der römisch-katholischen Kirche mitzuwirken, und ersucht die Staatsregierung, unter dieser Voraussetzung und zu diesem Zwecke einen anderweiten Gesetzentwurf vorzulegen."

Berichterstatter Herr Adams weist darauf hin, daß auf die heutige Beschlußfassung ganz Deutschland blicke. Die Liebe zum Vaterlande und zur Religion müsse sich verbinden, um den richtigen Weg zu finden. Indem der Redner die Vorlage in der Fassung der Kommission empfiehlt, bemerkt er, daß die Kommission die Kopp'schen Anträge abgelehnt habe auf Grund der ihr damals bekannten Informationen. Seitdem seien neue Informationen erfolgt, die Jacobinische Note, in welcher das Wesentlichste sei, daß die Kurie anerkennt, der Friede sei möglich unter Aufrechthaltung des staatlichen Rechts, seine Gründe gegen die Anstellung eines Geistlichen geltend zu machen. Das Einspruchsrecht des Staates ist anerkannt, zwar nicht so, daß die Kirche sich ihm zu fügen habe, aber daß sie es zu toleriren habe.

Bischof Dr. Kopp: Ein Mehlthau vergiftet unser bürgerliches und religiöses Leben und weite Kreise sind von großer Unzufriedenheit ergriffen. Die besten Kräfte des Staates werden verbraucht im Kampf zwischen Staat und Kirche. Der unselige Versuch, die Grenzen zwischen Staat und Kirche einseitig zu bestimmen, ist an allem Unheil schuld, das seit Mai 1873 unser Vaterland betroffen. Seit sechs Jahren ist die Regierung bemüht, aus diesem Labyrinth herauszukommen. Daß es bisher nicht gelungen, hat vornehmlich zwei Gründe. Einmal wollte die Regierung zu schnell ihr Ziel erreichen, sodann aber hielt sie an dem falschen Grundsatz fest, einseitig die Sachen zu ordnen. Dankbar ist es anzuerkennen, daß die Regierung den falschen Weg jetzt aufgegeben hat. Aber es ist nur ein formeller Fortschritt, materiell ist noch kein Fortschritt erreicht. Der Friede zwischen Staat und Kirche ist um so dringender nöthig, wenn wir auf die Umsturzbestrebungen der Sozialdemokratie blicken. Aber die Regierungsvorlage ist durchaus ungenügend. Die Anstellungsbedingungen werden nur ungenügend reformirt, ebenso ist die Fassung der Staatsaufsicht für die Vorbildung der Geistlichen sehr bedenklich. Der kirchliche Gerichtshof wird zwar beseitigt — doch nur der Name verschwindet, die Sache soll bleiben. Im Uebrigen aber sollen noch so viele Punkte der Maigesetzgebung unberührt bleiben, daß es unmöglich erscheint, solcherweise zum Frieden zu kommen. Das ist auch der Kommission klar gewesen. Die Arbeit der Kommission verdient die größte Anerkennung. Aber auch die Kommission hat nicht das geleistet, was zur Erreichung des Friedens absolut nothwendig ist. Deshalb appellire ich von Neuem an das Plenum. Eine vollständige Revision wird allerdings durch Annahme meiner Anträge auch noch nicht erreicht, aber ich glaube, wenn so der Anfang gemacht ist, wird sich alles Andere leicht in Frieden erreichen lassen. Die Kirche hat ebenso das Bedürfniß nach Frieden wie der Staat. Es werden vom Staate durchaus keine großen Opfer Konzessionen verlangt, sondern im Gegentheil Restitutionen, die Kirche erbittet nur zurück, was ihr von unveräußerlichen Rechten zu Unrecht genommen worden ist. Gerade die Kirche macht Konzessionen. Die Devise des preußischen Staates „suum cuique" ist der Kirche gegenüber nicht gewahrt worden, und dem Staate kann es nur zur höchsten Ehre gereichen, diese Devise wieder voll zur Anerkennung zu bringen. (Beifall.)

Professor Dr. Beseler befürwortet die oben mitgetheilte Resolution. Ein dauernder Friede zwischen dem Staat und der Kurie sei überhaupt nicht möglich, das beweise eine tausendjährige Geschichte. Um aber dauernde Konflikte zu vermeiden, müssen beide Theile bemüht bleiben, einen modus vivendi zu finden. Keinesfalls dürfe der Staat die ihm von Gott verliehenen Hoheitsrechte aus der Hand geben. Die Regierungsvorlage aber und noch weniger die Vorschläge der Kommission seien im Stand, für die Zukunft einen Frieden zu verbürgen. Als völlig unannehmbar müssen die Kopp'schen Anträge bezeichnet werden. Der ganze Kulturkampf hätte niemals die akute Bedeutung gewonnen ohne die unglückselige Anzeigepflicht. Diese Vorschrift der Maigesetze, welche gewissermaßen der Angelpunkt des Kampfes geworden, müsse durchaus anders formulirt werden. In ihrer jetzigen Fassung sei sie fast beschimpfend für die katholische Kirche. Im Uebrigen aber wiederhole er, die Vorlage mit und ohne die Kopp'schen Anträge sei zu verwerfen.

Fürst Bismarck: Ich bin der einzige unter den jetzigen Staatsministern, welcher bei dem Entstehen der Maigesetze im Amte war und kann also über die damaligen Intentionen der Regierung die beste Auskunft geben. Mein Einfluß und meine Macht im Staate wird von meinen Gegnern geflissentlich übertrieben, um mich für alle Uebel verantwortlich zu machen. Bei Erlaß jener Gesetze war ich nicht Ministerpräsident, aber gleichwohl lehne ich als Mitglied des Staatsministeriums die Verantwortlichkeit nicht ab. Als Kampfgesetze waren die Maigesetze eine bedauerliche Nothwendigkeit. Der tertius gaudens duobus litigantibus ist die Fortschrittspartei, welcher es sehr unangenehm ist, wenn der Friede zwischen Staat und Kirche zu Stande kommt. Ich habe in meiner langen Amtszeit stets gefunden, daß ich auf dem richtigen Wege bin, wenn ich von den fortschrittlichen Blättern so heftig angegriffen werde, wie es jetzt wieder geschieht. Mir wirft man vor, die Ehre des Staates preis zu geben. Die Ehre des Staates suche und finde ich mehr in der Friedfertigkeit als in der Händelsucht. Die Maigesetze waren Kampfgesetze. Damit war schon gesagt, daß sie nicht zu einer dauernden Institution werden sollten. Niemals hat uns die Absicht verlassen, sobald als möglich den Frieden zu gewinnen. Zum Beweise dafür kann ich mich auf zahlreiche Zitate aus meinen eigenen Reden berufen. (Redner verliest einige Belegstellen aus den Jahren 1873, 74 u. s. w.) Heute wird mir immer in den oppositionellen Blättern vorgeworfen, ich ginge den Weg nach Kanossa. Aber ich wiederhole heute mein damaliges Wort. Doch in derselben Rede, in welcher ich sagte: „Nach Kanossa gehen wir nicht!" wies ich auch ausdrücklich darauf hin, daß wir die Kampfgesetze nur anwenden sollen, um möglichst bald zu einem dauernden Frieden zu gelangen. Ich habe fortwährend und angestrengt mich bemüht, zu dem Frieden zu kommen, leider bisher mit sehr geringem Erfolg. Ich habe nun genau den status quo geprüft und dabei gefunden, daß wir manches Gebiet im Verlaufe des Kampfes okkupirt hatten, welches für uns ganz werthlos war. Unter die Bestimmungen, welche ich für den Staat für minder wichtig halte, zähle ich besonders die über die Vorbildung der Geistlichen. Aehnlich ist es mit dem appel comme d'abus. Der hat ungefähr dieselbe Wirkung, wie ein Ordnungsruf im Parlament. (Heiterkeit.) Das Nationalitätsgefühl ist bei dem spanischen, französischen, irischen Priester weit stärker, als bei dem deutschen; der Letztere ist erst Priester, dann Deutscher, bei Jenen ist es umgekehrt. Und da helfen solche Mittel nicht, wie jene Gesetze. Viele von den Gesetzen, welche vielleicht als Säulen des Staates angesehen werden, können getrost aufgegeben werden. Ich darf nicht kampfeszornig sein — ich stehe als ruhig denkender politischer Mann da, welcher lediglich das Interesse des Staates im Auge hat. Wenn es uns gelingt, auf dem Wege, welchen wir eben eingeschlagen gegen den Polonismus, vorwärts zu kommen, können wir wohl auch manche der bisherigen Kampfmittel entbehren. Vielleicht läßt sich auch mit dem Mammon manches besser erreichen als durch Zwang. Beim Papste glaubte ich mehr Wohlwollen und Interesse für das Bestehen Deutschlands und Preußens zu finden, als bei der Majorität des gegenwärtigen deutschen Reichstags. Der Papst ist nicht deutschfreisinnig (Heiterkeit), er lehnt sich auch nicht an die Sozialdemokratie, er ist nur katholisch, er hat auch keine parlamentarischen Interessen wie die Zentrumspartei. Also die direkte Verhandlung mit dem Papste war wohl angezeigt. Für die Regierung ist es von größter Wichtigkeit, die Ansicht beider Häuser des Landtags über ihre Vorlage zu hören. Es handelt sich um die Sicherstellung des preußischen Staates und des deutschen Reiches, und die Revision der Maigesetze, welche in der Jacobini'schen Note gewünscht wird, wird die Regierung ohne Schwierigkeit zuzusagen in der Lage sein. Von beiden Seiten ist ehrlich, loyal und mit Vertrauen bisher verhandelt worden, so daß wir berechtigt sind, auch ferner das Beste zu hoffen. Sobald die Regierung im Stande sein wird, die Gesammtstimmung aller Parteien zu übersehen, wie weit sie gehen darf, sobald amtlich ihr diese Volksstimmung kundgegeben sein wird, bis zu welcher Grenzlinie sie gehen darf, dann wird die Regierung zu weiterem Entgegenkommen bereit sein und die nöthigen Gesetzesvorschläge Seiner Majestät unterbreiten. (Beifall.)

Herr v. Kleist-Retzow: Als evangelischer kirchlicher Christ habe ich die Pflicht, mich für die Vorlage zu erklären. Gerade in dieser Zeit müssen Staat und Kirche zusammengehen. Wir sind der Regierung dankbar dafür, daß sie uns diese Vorlage gebracht hat und auch dafür, daß sie dieselbe zuerst ans Herrenhaus gebracht hat. Wenn auch ein voller Friede durch Annahme des Gesetzes nicht erreicht wird, so wird doch jedenfalls der Friede angebahnt, und wenn wir unserer Verantwortlichkeit bewußt sind, müssen wir der Vorlage zustimmen und auch den Kopp'schen Anträgen.

Fürst Bismarck: Der Vorredner hat gemeint, der Staat sei weniger geschädigt worden durch den Kampf als die Kirche. Dieser Auffassung muß ich entgegentreten. Das deutsche Reich und das Ansehen des Reichstags haben durch den Kulturkampf arg gelitten. Das Letztere besonders dadurch, daß das Zentrum mit der Fortschrittspartei verbündet ist. Die Fortschrittspartei hat gehetzt soviel sie konnte, sich alle Mühe gegeben, den Kulturkampf zu hellster Flamme zu entfachen, um dann mit fliegenden Fahnen zum Zentrum überzugehen. Und diese Partei spricht jetzt von politischer Ehre! (Beifall.)

Dr. Miquel: Wir wollen nicht nur eine neue Novelle zu den bisherigen kirchenpolitischen Gesetzen, sondern wir wollen ein Gesetz zu Stande bringen, das uns dauernden Frieden verbürgt. Darum haben wir vor Allem an der Forderung der Anzeigepflicht festgehalten. In diesem Punkt stehe ich auf ganz anderem Boden, wie Herr Beseler. Wir erwarteten ein offenes Zugeständniß der Anzeigepflicht von Seiten der Kurie, wie sie dieselbe ja auch seit Jahrzehnten, ja sogar seit Jahrhunderten anderwärts zugestanden hat. Statt dessen bekommen wir verklausulirte Erklärungen. Auch in der Note Jacobini's ist uns die Anzeigepflicht nicht unbedingt zugesagt. Eine weitere Revision der Maigesetze wird gefordert. Wann, in welchem Maße und in welchem Umfange soll die Revision stattfinden? Liegen da nicht die Keime zu neuen, schlimmeren Konflikten? Wird nicht nachher leicht mangelnde Vertragstreue, mangelnde Loyalität von der einen Seite der anderen vorgeworfen werden? Mit tiefem Bedauern hat daher eine Anzahl meiner Freunde sich entschlossen, die Vorlage zu verwerfen und die Resolution, welche Ihnen vorliegt, dem hohen Hause zu unterbreiten. Zwei Systeme giebt es nur: entweder völlige Trennung von Staat und Kirche, oder Anerkennung der beiden privilegirten Kirchen; aber dabei müssen gewisse Rechte des Staates anerkannt werden; um einen dauernden Frieden zu schaffen, und ein organisches Gesetz gegeben werden. Alle Rechte, die der Staat sich beilegt müssen weise und richtig bemessen sein, das Richtige hier zu finden, ist die Kunst des weisen Staatsmannes, des Historikers. Niemals darf die preußische Regierung eine einseitig konfessionelle sein. Wir sind bereit, so weit als möglich zu gehen, aber niemals darf der Staat sich so weit zurückziehen, daß es seinem Wesen wie der Natur der Kirche widerspricht. Wenn wir uns heute nur nachgiebig zeigen, mit bloßen Vorbehalten zufrieden sind, wird die Kurie nicht glauben, sie brauche nur zu fordern, wir hätten nur nachzugeben? Werden wir dann noch bei einer etwaigen späteren Revision die nöthige Festigkeit haben? Das möge das Herrenhaus wohl erwägen. Das Eine steht fest, wir Alle wollen den Frieden, ein Streit besteht nur über den Weg, welcher einzuschlagen ist. Möge recht bald, wer auch irren, wer auch Recht behalten mag, unsern katholischen Mitbürgern der ersehnte Friede zu Theil werden! (Beifall.)

Graf zur Lippe tritt den Ausführungen des Herrn v. Kleist-Retzow bei. Man müsse der Kurie, welche den Frieden wolle, soweit als möglich entgegenkommen und daher die Anträge der Kommission mit den Kopp'schen Amendements annehmen.

Hierauf wird die General-Diskussion geschlossen.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Berathung.

Schluß 4½ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

61. Plenarsitzung vom 12. April.

Die Tribünen und Plätze des Hauses sind mäßig besetzt.

Am Ministertisch: Staatsminister v. Puttkamer, Landwirthschaftsminister Dr. Lucius und einige Kommissarien.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Tagesordnung:

Der erste Punkt derselben, Abänderung des Gesetzes zur Landeskreditkasse zu Kassel, wird ohne Diskussion in dritter Lesung definitiv angenommen, ebenso der Gesetzentwurf über Errichtung letztwilliger Verfügungen im Oberlandesgerichtsbezirke Frankfurt a. M.

Hierauf erfolgt die Verlesung der Interpellation des Abg. Dr Wehr betreffend die Ueberschwemmungen im Weichselgebiete.

Abg. Dr. Wehr (freikonservativ) schildert in der Begründung seiner Interpellation die seit dem 2. April entstandenen Schäden. Er glaube nicht, daß seine Interpellation verfrüht sei, da den Bewohnern jener Gegenden erhebliches Elend in Aussicht stehe, zu dessen Abwendung man rechtzeitig einschreiten müsse. Das Unglück sei ein solches, daß man sich hier nach Staatshülfe umsehen müsse. Die Ueberschwemmung von 1883, die nicht so schlimm gewesen, sei kaum überwunden, da käme dieses neue Unglück. Man solle ferner daran denken, daß bei einer Nichtüberfluthung der Nehrung der Staat immense Verluste im Danziger Hafen hätte erleiden müssen, deshalb läge schon die moralische Verpflichtung für den Staat vor, hier zu helfen. Die Hülfe müsse aber so schnell wie möglich erfolgen. Ferner müsse er fragen, ob die Staatsregierung in nächster Zeit mit der längst geplanten Weichselregulirung vorgehen wolle. Das bis jetzt aufgestellte Projekt sei unausführbar, da die Deichverbände bei 22 Millionen Kosten 7 Millionen beitragen sollten. Wenn man Kanalvorlagen und andere Wasserbauvorlagen mache, so müsse man erst recht daran denken, hier etwas zu thun. Er habe aber auch das volle Vertrauen auf die rechtzeitige einsichtige Hülfe der Regierung.

Staatsminister v. Puttkamer: Die königliche Staatsregierung habe sich den schwersten Befürchtungen hingegeben und deshalb vorsorglich alle möglichen Vorkehrungen getroffen. Der Eisgang sei trotz seiner relativen Intensivität gefahrlos gewesen. Er wolle nur drei Punkte der Interpellation beantworten. Die Interpellation käme allerdings etwas früh, daher könne man noch keine genauen Antworten geben. Der Einbruch sei viel schwerer als 1883, ja, es habe sich vielleicht ein neuer Weichselarm gebildet, doch sei kein Menschenleben verloren gegangen, viele Gehöfte seien jedoch

ortgespült und noch einige Gebäude würden nachträglich stürzen. Die von der Staatsregierung beabsichtigten Maßregeln seien analog denen, die man 1883 getroffen, aber wohl kostspieliger wegen des vielen zerstörten Deich- und Ackerlandes. Genaues lasse sich ohne Grundlage von Berichten nicht geben, Staatshülfe sei nöthig, aber ihr Umfang sei noch nicht bestimmbar. Die Regierung verhandele augenblicklich über den einfachen Durchstich der Nehrung zur Schaffung einer neuen Weichselmündung, der wohl billiger als das alte Projekt werden könne. Jedoch wäre es ein Unding, von einer Betheiligung der nächsten Interessenten ganz absehen zu wollen.

Staatsminister **Lucius** hält es für nöthig, zu konstatiren, daß die Unterhaltungspflicht für die Deiche dem Staate nur in besonderen Nothfällen obliegt. Wenn man diese Last auf den Staat übertragen wolle, so dürfe man nicht vergessen, daß es sich hier um Hunderte von Millionen handele. Ferner sei zu sagen, daß die Langsamkeit der Regulirungs-Vorbereitungen nicht von der Regierung, sondern von den Interessenten herrühre. Man thue gut, nicht auf alte bereits verworfene Projekte zurückzukommen. Die Staatsregierung werde die Nogat durch praktische Eisbrecher zu schützen, sie werde ferner im Verfolg des neuen Projekts mit 17—18 Millionen Mark die Binnennehrung durchstechen und auf diese Art die bestehenden Gefahren auf das erheblichste mindern. Die Haupthindernisse lägen bei den vielleicht berechtigten Einwänden der Stadt Danzig. Daraus ersehe man denn wohl, daß die Regierung nichts habe fehlen lassen und auch künftig nichts fehlen lassen werde.

Abg. Freiherr v. **Minnigerode** (deutschkons.): Nachdem der Reichstag die Monopolvorlage, von der die Landwirthschaft für sich viel Segen erwartet hat, abgelehnt, ja nicht einmal ernstlich geprüft hat, halten wir als größte Partei es für unsere Pflicht, auf die immer bedrohlicher werdende Lage der Landwirthschaft hier hinzuweisen. Bei der letzten Volkszählung hat sich gezeigt, daß $^2/_5$ aller ländlichen Kreise, nämlich 204, in ihrer Bevölkerung abgenommen haben, darunter 116 allein im Osten; es zeigt sich gleichfalls eine sehr bedenkliche Auswanderung von Osten nach Westen. Ich will mich bei der Frage der Doppelwährung und ihrem Einfluß auf die Landwirthschaft heute nicht aufhalten, aber ich muß doch die Frage aufwerfen, ob nicht durch nachträgliche Steuererhöhungen der Landwirthschaft geholfen werden kann. Man wird zwar gegnerischerseits einwerfen, daß der Nothstand der Landwirthschaft nur ein vorübergehender ist, wie bei einer rein geschäftlichen, ungünstigen Konstellation. Aber dagegen spricht ja doch der beständige Niedergang der Preise für die landwirthschaftlichen Produkte — es handelt sich also, wie leider konstatirt werden muß, um einen anhaltenden Nothstand, für den die bisherigen Zölle nicht genügende Abhülfe geschafft haben, wie sehr sie auch unsere Landwirthschaft gegen die Konkurrenz geschützt haben. Nun wirft man der Landwirthschaft vor, daß sie schon wieder neue Zölle haben will — man ruft uns entgegen, wir sollten doch abwarten. Soll die Landwirthschaft warten, bis sie ganz vernichtet ist? Giebt es nicht jetzt schon eine Fülle von bedrohten Existenzen auf dem Lande? Wenn diese Existenzen zu Grund gehen, wenn diese kleinen, durch Pächter 2c. vertretenen Kapitalien zu Grunde gehen, bringt das den Staat nicht um Jahre zurück? — Ich glaube, die Chancen für eine Erhöhung des Getreide- und Roggenzolles stehen im Reichstage gar nicht schlecht; im vorigen Jahre ist die Zollerhöhung mit 188 gegen 139 Stimmen angenommen worden; die Noth ist jetzt noch größer, weshalb sollte da eine zielbewußte Schutzzoll-Majorität nicht wieder zu Stande kommen? Unsere Landwirthschaft muß doch geschützt werden gegen die Konkurrenz Amerikas in Schweinefleisch, Schweineschmalz u. s. w. Dasselbe gilt von der Kunstbutter, die nicht nur im Inlande fabrizirt, unberechtigte Konkurrenz macht, sondern auch vom Auslande eingeführt wird. Eine weitere Frage, die zu prüfen sein wird, ist die, ob die Regierung nicht alle ihre Bedürfnisse für ihren Gebrauch, für das Militär, also Wolle, Brod und die zahlreichen anderen Artikel, die sie braucht, direkt von Produzenten wird beziehen können. Auch der Frage der Stärkung der Branntwein-Produktion wird erneute Aufmerksamkeit zu schenken sein, ihre Kalamitäten werden geprüft werden, wobei man freilich die Hamburger Spritklausel im spanischen Handelsvertrage nicht wird übersehen dürfen. Auch eine Reform für die Brennereien selbst wird erstrebt werden müssen, eine höhere Besteuerung des Sommerbrandes und eine erhöhte Skala für die großen Brennereien. In Bezug auf die Zuckersteuer stehe ich auf dem Boden der Reichstags-Beschlüsse und würde es sehr bedauern, wenn die Regierungen dem Reichstage gegenüber eine Erhöhung der Rübensteuer fordern würden (Hört! hört! links), denn das würde eine einseitige Belastung der Rübenbauer sein. — Was nun den zweiten Punkt der Interpellation, die Steuererleichterung der Kommunen betrifft, so war es uns Bedürfniß, diese Frage auf's neue anzuregen, etwa in dem Sinne, wie es im Herrenhause geschehen ist. Eine Steuer auf die Getränke wird die Regierung fortgesetzt im Auge behalten müssen; sollte der Reichstag es ablehnen, sie für das Reich zu gewähren, so wird dieses Haus sie für Preußen bewilligen müssen. Wie man unseren Wünschen gegenüber von agrarischen Begehrlichkeiten sprechen kann, verstehe ich nicht. Wie kann man dergleichen aussprechen, während in 9 von den 11 Provinzen Preußens die Landwirthschaft den Hauptstand bildet? Wer die Verhältnisse kennt, weiß, welcher Alp auf der Landwirthschaft lastet. Meine Ausführungen haben jedoch weder eine Polemik gegen die Regierung noch gegen andere Parteien sein sollen. Unsere Interpellation ist aber auch ein Appell an den Reichstag und von seinem Verhalten dazu hängt vielleicht seine Existenz ab. (Beifall rechts.)

Minister Dr. **Lucius**: Die Regierung glaubt zur Zeit eine Erhöhung der Getreide- und Viehzölle nicht eintreten lassen zu können. (Bewegung rechts) Was die Steuererleichterung der Kommunen betrifft, so berufe ich mich auf die früheren Ausführungen des Reichskanzlers und des Finanzministers. Durch das Branntwein-Monopol sollte eine solche Erleichterung herbeigeführt werden; welches Schicksal diese Vorlage gehabt, ist Ihnen bekannt. Die Regierung wird sich jedoch durch diesen Mißerfolg nicht abschrecken lassen und durch neue Vorlagen die Herbeiführung jenes Ziels zu ermöglichen suchen. (Beifall rechts.) Die gegenwärtige Krisis der Landwirthschaft kann nirgends so genau erkannt werden, wie von der Regierung, speziell im landwirthschaftlichen Ministerium. Im Wesentlichen leidet nicht nur die deutsche, sondern die ganze europäische Landwirthschaft, besonders in Frankreich, England und Deutschland. Der Nothstand bei uns ist nicht so groß und wird es hoffentlich nicht werden wie es in England der Fall; daß die Krisis bei uns minder groß, liegt an den gesunden Besitzverhältnissen und daran, daß wir rechtzeitig Abwehr geschafft haben. Die landwirthschaftlichen Zölle von 1879 haben zwar nicht als Schutzzölle gewirkt, aber doch als Finanzzölle. Im vorigen Jahre ist man dann zu einer, wie ich sagen muß, sehr wesentlichen Erhöhung übergegangen, und zwar mit aller gebotenen Vorsicht. Die Hauptschwierigkeit liegt jedoch darin, daß in dem letzten Jahrzehnt immer mehr Länder als Konkurrenten aufgetreten sind, die ganz andere Produktionsbedingungen haben als Deutschland. Wenn die Regierung zur Zeit eine Erhöhung der Zölle ablehnen muß, so geschieht dies auch deshalb, weil die Wirkung der vorjährigen Zölle ja noch gar nicht beurtheilt werden kann. Es ist kurz vor Erlaß der neuen Zölle soviel importirt worden, daß jetzt große Posten unverkäuflich daliegen und die Preise drücken. — Was die Viehzölle betrifft, so liegt die Sache wesentlich einfacher. Nur bei den Schweinen übertrifft die Einfuhr unsere Ausfuhr. Aus diesem Grunde hat die Regierung im vorigen Jahre eine Erhöhung der Viehzölle nicht angeregt, sie hat sie aber angenommen, als der Reichstag sie anbot — gegenwärtig liegt zu einer Erhöhung jedoch kein Anlaß vor. — Was die Wollzölle betrifft, so scheitert diese Besteuerung doch an der Unmöglichkeit der Einführung einer Wollexportbonifikation. Ueber die Petitionen in diesem Sinne ist dieses Haus erst vor einigen Wochen zur Tagesordnung übergegangen; der Kommissionsbericht des Reichstags über ähnliche Petitionen fordert die Erhebung von Enqueten. Enqueten sind aber in letzter Zeit bereits vielfach angestellt worden. Was die vom Vorredner angeregte Frage der Spiritus-Industrie betrifft, so ist darüber ja im Reichstage bereits eingehend gesprochen worden; bezüglich der Zuckersteuer bedauere ich, daß die letzte Vorlage der Regierung nicht Annahme gefunden hat. Die Frage des Realkredits fasse ich dahin auf, daß vor Allem die Landschaften berufen sind, diesen Realkredit zu gewähren. Ich kann gleich dem Interpellanten nur den Wunsch aussprechen, daß die Landwirthschaft nicht entmuthigt werde und auch ferner auf die Unterstützung der Regierung zählen kann, die ihrerseits auf die Mitwirkung der Parlamente rechnet.

Abg. **Rickert**: Ich kam heute mit großen Erwartungen her; man hatte Allerlei durchblicken lassen von Vorstößen gegen zwei Minister, die bei den Konservativen jetzt weniger beliebt sind. Es ist aber Alles ganz friedlich verlaufen, wenngleich der Doppelwährungskampf gegen den Finanzminister ja heute noch folgen dürfte. Wir könnten dem Interpellanten eigentlich nur dankbar sein, denn wir haben dank seiner Interpellation erfahren, daß eine Erhöhung der Getreide- und Viehzölle nicht vorgenommen werden soll. Der Interpellant spricht vom Nothstande der Landwirthschaft, aber der gleiche Nothstand herrscht doch in allen Industrien, und in der Rhederei ist er noch viel größer als in der Landwirthschaft. Gewiß, die Landwirthschaft leidet, aber der Staat kann nicht helfen. Sie sprechen von den nothleidenden Kommunen und bewilligen doch immer neue Millionen. Ein tüchtiger Strich in den Etat ist vortheilhafter als die langen Reden hier. Herr von Minnigerode sagt, unsere Brennereien leiden unter der Konkurrenz des Auslandes und doch exportiren wir mehr Branntwein, als alle anderen Staaten! Sie verlangen jetzt, der Reichstag, das Reich solle die Mittel herbeischaffen für die Ausgaben der Einzelstaaten und gar der Kommunen. Wollen Sie, daß das Reich die Einnahmen für die Einzelstaaten schafft, dann müssen Sie doch auch die Verwaltung, die Justiz 2c. an das Reich von den Einzelstaaten übertragen. Aber sich hier als Ausgabeparlament konstruiren und sich die Einnahmen vom Reichstage beschaffen lassen — das geht doch nicht an. Wer die Ausgaben bewilligt, muß auch die Einnahmen beschaffen, sonst kommt man zur Verschwendung. Jetzt sollen die Kommunen Vorspann leisten, um im Reichstage neue Steuern zu schaffen — wehe den Kommunen aber, wenn sie dann von diesen Steuererträgen etwas für sich beanspruchen. — Herr v. Minnigerode hat damit geschlossen, daß es für den Reichstag vielleicht eine Lebensfrage sein würde, wie er sich zu den Steuerfragen stellt. Soll das eine leere Drohung sein? Ich möchte das doch mit Entschiedenheit zurückweisen, besonders jetzt, da in einer gewissen Presse in verbrecherischer Weise mit den Grundlagen der Verfassung und dem Bruche derselben gespielt wird! Es würde sich empfehlen, wenn Herr v. Minnigerode den Ton jener Presse nicht nachahmen würde. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Graf v. **Kanitz** (kons.): Wir hatten auf eine besonders sympathische Antwort seitens des Herrn Ministers nicht gerechnet, aber etwas mehr Entgegenkommen, als er gezeigt hat, hätten wir doch erwartet. Ein Fortdauern des jetzigen Nothstandes würde den größten Schaden herbeiführen, würde die Existenz von Tausenden und Abertausenden von Landwirthen zerstören. Wir wollten deshalb diese Session nicht vorübergehen lassen, ohne die dringende Mahnung um Abhülfe an die Regierung zu richten. Es wäre jedoch gewissenlos, diese Interpellation zu stellen, wenn wir nicht auch die Mittel zur Abhülfe des Nothstandes gewähren. — Redner geht dann in ausführlicher Darlegung auf die nationalökonomischen Lehren über Handelskrisen und ihre Ursachen ein und führt die jetzige Krisis darauf zurück, daß man nicht von Anfang an dem Getreideimport Schranken gesetzt hat. Um der gegenwärtigen Nothlage der Landwirthschaft abzuhelfen, sei die Erhöhung des Roggenzolls von 3 auf 6 Mark, des Weizenzolls von 3 auf 9—10 Mark nöthig. — Dem Wollzolle stellten sich die Wollinteressenten mit solcher Schroffheit entgegen, als wären sie wirklich dem Staate vom größten Nutzen, während doch das Gegentheil der Fall sei. Die für viele Landestheile unumgängliche Schafzucht sei bereits zum Theil vernichtet. Wir bitten die Regierung um Erhöhung der Kornzölle nach den genannten Sätzen, um wirksamen Schutz gegen den Viehimport, um eingehende Prüfung der Wollzollfrage. Die jetzt verlangte Verdoppelung und Verdreifachung des Getreidezolls bedeute den gleichen Schritt, wie der von dem Zollsatze von 1879 auf den des vorigen Jahres. Der Zolltarif sei eine Kuh, die noch viel mehr gemolken werden kann. Die Einnahmen aus den Zöllen könnten noch wesentlich erhöht werden, so daß sie auch zur Entlastung der Kommunen verwendet werden könnten. (Beifall rechts.)

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr.

Tagesordnung: Interpellation des Abg. v. Minnigerode. Zollanschluß von Altona.

Schluß 4 Uhr.

Ausland.

Brüssel, 12. April. Nach dem ärztlichen Ausspruche wird Frau van der Smissen die Nacht nicht überleben.

Das vom Hofe subventionirte Theatre de la Monnaie, die erste Opernbühne Belgiens, fallirte heute.

Die bevorstehende Nachwahl in Brüssel wird zweifellos den Sieg der Liberalen und damit möglicherweise den Sturz der Regierung zur Folge haben.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 13. April. Zu Mitgliedern der Disziplinarkammern in Stettin ist der königlich preußische Landgerichts Rath **Dietz** und der königlich preußische Landrichter Dr. **Wentzel** daselbst für die Dauer der von ihnen zur Zeit bekleideten Reichsämter ernannt.

— In der gestrigen Versammlung des **Bezirksvereins Oberwiek**, in welcher Herr Direktor **Kohlstock** den Vorsitz führte, hielt Herr Schulrath Dr. **Krosta** einen sehr interessanten Vortrag über „Schulstatistik", unter Berücksichtigung der gelegentlich der Volkszählung gemachten statistischen Aufstellungen. Sodann wurde die Petition an die königliche Polizei-Direktion verlesen und genehmigt, in welcher gebeten wird, den Transport der Dampfpflüge auf eigener Axe für die Zukunft nicht zu gestatten. — In der Sitzung der Stadtverordneten vom 10. Dezember v. J. wurde der Ankauf des Vorbaues an dem Grundstück Mühlenberg 22—23 seitens der Versammlung abgelehnt, weil die von der Besitzerin dafür geforderte Summe in Höhe von 2070 Mk. zu hoch erschien. Um die Besitzerin zu einer mäßigeren Forderung zu bewegen, trat der Verein mit derselben in Verhandlung und sie erklärte sich auch bereit, ihre Forderung auf 800 Mk. herabzusetzen, falls die Stadt die Pflasterungskosten übernehme. Die Versammlung nimmt hiervon Kenntniß. — Die Vorstände der sämmtlichen hierselbst bestehenden Bezirksvereine hatten kürzlich eine gemeinsame Sitzung, in welcher eine Petition an die städtischen Behörden wegen Uebernahme der gesammten Straßenreinigung seitens der Stadt beschlossen wurde. Ueber diese Petition entspann sich eine längere Debatte, bei welcher verschiedene Veränderungen vorgeschlagen und beschlossen wurde, den Vorstand zu ersuchen, die vorgeschlagenen Aenderungen mit den Vorständen der übrigen Bezirksvereine nochmals in Erwägung zu ziehen und darnach die Petition zu ändern.

— Gestern Nachmittag drangen mehrere Arbeiter in den Neubau Burscherstraße 3 und schlugen in rohester Weise auf den dort beschäftigten Töpfergesellen Rohde ein, in Folge dessen holte ein gleichfalls dort beschäftigter Maurerlehrling Schutzleute herbei und diesen gelang es auch, einen der Ruhestörer, den Arbeiter Herm. **Budow**, festzunehmen und da er sich heftig sträubte, zu binden. Als Budow abgeführt werden sollte, kam der Arbeiter Gustav **Schlie**, ein bekannter Schläger, herbei und forderte die Freilassung des B, indem er gleichzeitig drohte, die Beamten mit einem Brett niederzuhauen. Da Schlie einen der Schutzleute thätlich anfaßte, sah sich dieser genöthigt, von seiner Waffe Gebrauch zu machen und erhielt Schlie hierbei eine Verletzung am Kopfe, welche seine Aufnahme im Krankenhaus nöthig machte.

— Fürst Bismarck hat anläßlich der beiden jüngst stattgehabten Stapelläufe die Direktion des „Vulkan" mit folgendem Schreiben beehrt:

„Berlin, den 10. April 1886. Der Direktion des „Vulkan" danke ich verbindlichst für die freundlichen Mittheilungen über den glücklichen Stapellauf der beiden ersten Subventionsdampfer und bin überzeugt, daß auch diese Schiffe dem wohlbegründeten Rufe der Gesellschaft nur entsprechen werden. v. Bismarck."

— Der Steinträger Hermann **Petrie** ging gestern Vormittag auf dem Neubau Philippstraße 74 über eine Rüstung und brach durch dieselbe; hierbei erlitt er leichte Verletzungen im Gesicht und auf dem Rücken.

Vermischte Nachrichten.

— Der morgen beginnende Stettiner Frühjahrsmarkt wird auch wieder von dem Kaufmann Ad. Jukes aus Dresden mit seinen ausgezeichneten Spezialitäten feiner Konditoreiwaaren bezogen. Außer dem ungemein beliebten japanischen Konfekt „Osakka Sakka" führt die Firma noch einige andere äußerst schmackhafte Backwaaren, welche vielen Beifall finden dürften. Unter den Neuheiten zeichnet sich „Birkenholz" seiner Originalität halber besonders aus.

Viehmarkt.

Berlin, 12. April. Amtlicher Marktbericht vom städtischen Zentral-Viehhofe.

Es standen zum Verkauf: 3578 Rinder, 7751 Schweine, 1745 Kälber, 20,799 Hammel.

Der **Rinder**handel verlief etwas belebter als in den letzten Wochen, zumal auch die Exporteure etwas regeren Begehr zeigten. Der Markt wird ziemlich geräumt. Man zahlte für 1. Qualität 49—54 Mark, 2. Qualität 44 bis 47 Mark, 3. Qualität 36—40 Mark und 4. Qualität 32—34 Mark pro 100 Pfund Fleischgewicht.

Trotz geringen Exports wurde der **Schweine**markt bei ruhigem Handel zu etwas gehobenen Preisen geräumt. Man zahlte für 1. Qualität 50—51 Mark, 2. Qualität 47—49 Mark, 3. Qualität 43—46 Mark, leichte Ungarn circa 43 Mark, sämmtlich pro 100 Pfund mit 20 Prozent Tara, Bakonier brachten 44—46 Mark pro 100 Pfund mit 50 Pfund Tara pro Stück, je nach Qualität.

Auch das **Kälber**-Geschäft wickelte sich ziemlich glatt ab. Man zahlte für beste Qualität 43—52 Pfg. und geringere Qualität 35 bis 42 Pfg. pro 1 Pfund Fleischgewicht.

Der **Hammel**markt wurde bei ruhigem Handel und entsprechendem Export zu unveränderten Preisen ziemlich geräumt. Man zahlte für beste Qualität 44—48 Pfg., beste englische Lämmer bis 52 Pfg. und geringere Qualität 34 bis 42 Pfg. pro 1 Pfund Fleischgewicht.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Haag, 12. April. Die erste Kammer hat den Vertrag mit Deutschland und der Schweiz bezüglich der Lachsfischerei genehmigt.

Rom, 12. April. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer stellte sich bei der Abstimmung über mehrere Vorlagen die Beschlußunfähigkeit des Hauses heraus. Die Abstimmung wird morgen erneuert, und dürfte die Kammer, falls sie auch morgen nicht beschlußfähig ist, wahrscheinlich die Osterferien antreten.

London, 12. April. Unterhaus. Der Premier Gladstone erklärte, wenn die Debatte über die irische Verwaltungsbill erst, wie erwartet werde, morgen Abend abschließe, werde das Budget am Donnerstag und die irische Boden-Ankaufsbill am nächsten Montag vorgelegt werden. Churchill ergriff hierauf das Wort zu der irischen Verwaltungsbill. Derselbe bekämpft die irische Verwaltungsbill, weil sie die Suprematie des Reichsparlaments und die Souveränetät der Königin über Irland zerstöre, und bedauert, daß es nicht üblich sei, in der ersten Lesung schon die Bill zu beanstanden. — Generalanwalt Russel erwidert, das Reichsparlament habe die Gesetze für Irland entweder zu spät oder nicht im Sinne des irischen Volkes erlassen. Die Vorlage Gladstones erstrebe eine Legislative Irlands, von deren Kompetenz gewisse Fragen ausgeschlossen seien, durch diese Ausnahmen würde aber die Oberhoheit der Königin und des Reichsparlaments aufrecht erhalten. Gladstones Vorschlag müsse früher oder später angenommen werden; es sei besser, wenn das jetzt geschehe, als erst nach neuen Zwangsmaßregeln. Jetzt würde die Aufnahme in Irland eine freundliche, im anderen Falle aber eine feindselige sein.

Sofia, 12. April. In seiner Antwort an den Großvezir auf die Mittheilung von dem Konferenzbeschluß der Mächte erklärt der Fürst, daß er sich unter Aufrechterhaltung der von ihm gemachten und bereits bekannten Vorbehalte der einstimmigen Entscheidung der Mächte füge. Den hiesigen Vertretern der Mächte erwiderte die Regierung, daß sie von ihrer gemeinsamen Note über den Beschluß der Konferenz Akt genommen habe.

Verloren und gefunden.

Original-Roman von M. Widdern

12)

Die Frauen, mit denen Margarethe nun unter einem Dache lebte, mußten beinahe allesammt mit Aufbietung ihrer ganzen physischen Kraft schaffen: sie wuschen und scheuerten und weil ihre junge Mitbewohnerin nicht die Kraft dazu besaß — weil ein Kind an ihrer Statt besorgen mußte, was sie selbst nicht bloß im eigenen Haushalt, sondern auch noch für Geld in den Wohnungen Bessersituirter besorgten, so lachten sie hinter ihr her; und wenn sie auch bald einsehen gelernt hatten, daß sie an der Ehrenhaftigkeit ihrer neuen Mitbewohnerin nicht zweifeln konnten, so sahen sie doch geringschätzig auf sie hin: sie konnte ja nicht arbeiten — denn unter „arbeiten" verstanden sie eben nur waschen und scheuern.

Freilich an Frau Braun hatte die unglückliche junge Frau eine wirkliche Stütze und nur zu oft focht die „kronprinzliche Wäscherin" einen ganz regulären Zungenkrieg aus wegen Lieschens Madame — aber Margarethe konnte darin doch nimmer einen Trost finden und das einzige, was sie wenigstens in etwas schadlos hielt für all dieses Ungemach, war die wahrhaft schwärmerische Zuneigung ihrer jungen Aufwärterin — und so nahm sie denn das kleine brave Mädchen aus dem Volke mit wirklicher Liebe ans Herz, unterwies sie in allem, was gut und schön, und suchte durch manche kleine Ueberraschung dem Kinde zu vergelten, was es ihr an Liebe und Hingebung gab.

So verging die Zeit, Tag reihte sich an Tag — Woche an Woche — Monat an Monat — Margarethe hatte sich, da sie die Nutzlosigkeit des Inserirens einsah, an verschiedene der renommirtesten Placementsbureau's gewendet — man hatte sie überall mit vielen Hoffnungen vertröstet, ihr Name war in großen Büchern notirt worden — sehr wichtig und sehr geschäftsmäßig — und sie sollte einem baldigen Bescheide entgegen setzen. Dabei blieb es aber auch — nur bei der Hoffnung — und eines Tages — es war schon Herbst geworden — sah sich Margarethe verzweifelnd dem Nichts gegenüber — ihre Schatulle war beinahe leer.

Jetzt galt es also, keine Minute länger warten und arbeiten, wenn auch nicht in dem Sinne, wie es die Nachbarinnen verstanden, so doch in ganz anderer Weise, als Margarethe gedacht, sich ihren Lebensunterhalt zu erwerben. — Sie mußte zu vergessen suchen, daß sie Talente besaß — von ihren Eltern mit unendlichen Opfern eine außerordentliche Schulbildung erhalten hatte — und so ging sie von Geschäft zu Geschäft und suchte sich Aufträge in Handarbeiten zu verschaffen. — Gott sei Dank, wenigstens dies gelang ihr und nun saß sie Tag für Tag — o, nicht bloß den Tag, sondern auch bis in die Nächte hinein bei den mühevollen Stickereien, um sich wenigstens den Lebensunterhalt zu erwerben, aber die Sachen wurden so schlecht bezahlt, die arme Margarethe mußte oft hungrig zu Bette gehen — und dann — ja, was war's nur, daß sie oft die Arbeit aus der Hand legen mußte? — sie rieb sich die Augen — die feinen Fäden im zarten Tüllgewebe, auf dem sie Blumen und Blätter schuf, verwirrten sich ihr, kleine blinkende Sterne tanzten vor ihren Blicken und dann — Gott, Gott im Himmel — und nun lag es Grau in Grau vor ihren Augen, sie konnte reiben, so viel sie wollte, gewaltsam die Lider auseinanderhalten — alles um sie her war Grau in Grau.

Es war der Morgen vor dem Christfest, Lieschen Braun scheuerte, ein munteres Liedchen trällernd, die hübschen Geräthschaften in Madames Küche — das liebe schöne Weihnachtsfest mußte ja alles blitzeblank finden.

Trotz allem Eifer lauschte sie aber doch hin und wieder nach der Zimmerthür hin. Madame pflegte doch sonst mit ihr zu sprechen, während sie an ihrem ewigen Tüllschleier stickte — wie kam's nur, daß sie heute so still war? aber horch, was war das! — das kleine Mädchen hatte den Wollappen aus der Hand gelegt, mit dem sie bis jetzt hantirt hatte, und mit wenigen Schritten stand sie nun im Gemach — Margarethe lag am Boden, bleich und starr.

Einen Moment war das Kind wie erstarrt, dann aber stieß sie einen gellenden Schrei aus und auf den Korridor hinausstürzend, rief sie die Nachbarn herbei:

„Meine Madame ist todt, meine Madame ist todt!" jammerte sie dabei und die Frauen mußten sie erst energisch zur Ruhe verweisen, ehe sie endlich das laute Lamentiren aufgab, um nur leise vor sich hin zu weinen. Es war schier ein Unglück, daß Frau Braun noch nicht zu Hause, denn nun drängte sich alles in das Stübchen der „Prinzessin", wie man spöttelnd die kleine Frau mit dem weißen Gesichtchen nannte, sie hatten ja auch schon lange danach gestrebt, sich einmal nach Herzenslust umzusehen in der eleganten Wohnung, von der man im ganzen Hause wie von einem Märchenreich sprach — na, aber so fein hatten sie sich's doch nicht gedacht — das war ja hier beinahe sündhaft prächtig und auch die Frauen vermeinten — ganz wie es sich Lieschen gedacht — schöner konnte es auch nicht bei der Frau Kronprinzessin sein.

Erst, als sie ihre Neugierde vollständig befriedigt, mit ihren groben, zum Theil nicht einmal sauberen Händen alles betastet und taxirt hatten, gingen sie daran, die kleine leblose Person, die im Besitze solcher Reichthümer war, vom Boden aufzuheben, man rieb ihr die Stirn mit Wasser, aber als sie trotz aller Bemühungen doch noch immer nicht zum Bewußtsein kommen wollte, sagte eines der Weiber mit rohem Lachen:

„Gießt der feinen Puppe doch einen tüchtigen Nordhäuser in den Hals!"

Der Vorschlag wurde acceptirt, Lieschen nach der nächsten Destillation geschickt, um das Lebenselixir herbeizuholen.

Und wirklich, kaum hatte man das scharfe Getränk an die Lippen der Ohnmächtigen gebracht, so hob ein tiefer Seufzer die arme Brust — und dann öffneten sich die großen blauen Augen — aber sie sahen nicht licht- und glanzvoll — es war ein leerer trostloser Blick, mit dem sie zu ihrer Umgebung in die Höhe starrten.

„Was geht um mich vor?" flüsterten die blassen Lippen — es klang wie traumverloren.

Dann aber fuhr sich das arme junge Weib mit beiden Händen an den Kopf — und den Oberkörper gewaltsam aufrichtend, gellte es in den höchsten Tönen menschenmöglicher Verzweiflung durch das Gemach „ich bin blind."

* * *

Es giebt Menschen und leider sind sie nicht vereinzelt da, von denen man sagen könnte, sie sind wie zum Elend prädestinirt — und zu diesen Unglückseligen schien auch Margarethe zu gehören — freilich sie hatte eine heitere Jugend hinter sich, hatte Jahre hindurch in Glanz und Ueberfluß gelebt — dafür ballte sich aber, gerade in einer Zeit, die man die schönste im Leben zu nennen pflegt, so viel Fürchterliches für sie zusammen, daß das Glück der Vergangenheit wirklich gänzlich dagegen verschwand.

Augustin war seinen Leiden erlegen, nach Wochen, bevor das Jahr um war, während dessen ihm durch Vorausbezahlung der Aufenthalt in der Anstalt des Doktor Menert gesichert war und Margarethe hatte in eine Augenklinik überführt werden müssen — vorläufig auf Kosten der Armendirektion — später — nun später würde sie wohl durch Verkauf ihrer luxuriösen Zimmereinrichtung die Mittel herbeischaffen müssen, um sich dieser Schuld zu entledigen — hatte sie doch ganz bestimmt erklärt, ihre Verwandten wären nicht in der Lage, etwas für sie zu thun, ja, sie hatte ihre Aerzte und ihre Wärterinnen flehentlich gebeten, nichts von ihrem neuen Unglück in die Heimath zu schreiben.

Stettin, den 12. April 1886.

Preußische Fonds.

	Zf.	
Deutsche Reichs-Anleihe	4	106,00 bz
Consolidirte Anleihe	4	105,40 B
do. do.	3½	101,50 bz
Staats-Anleihe	4	103,40 bz
Staats-Schuld-Scheine	3½	100,40 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4	104,00 bz G
do. do.	3½	102,10 G
Pfandbriefe: Berliner	5	119,50 B
do.	4½	110,50 bz G
Central-Landschaftl.	4	102,75 bz
Kur- und Neumärk.	3½	100,10 G
do. neue	3½	99,90 bz
do.	4	102,30 B
Pommersche	3½	99,25 bz
do.	4	101,00 G
do. Landsch. Cr.	4½	—,—
Posensche neue	4	101,40 B
Westpr. Ritterschaft	3½	99,20 B
do. do.	4	103,50 B
do. do.	4	101,10 bz G
do. do. 2 S.	4	100,90 bz
Ostpreußische	3½	99,25 bz B
do.	4	101,10 B
Rentenbriefe: Kur- und Neumärk.	4	103,70 bz
Pommersche	4	103,90 bz
Posensche	4	103,60 bz
Preußische	4	103,60 bz
Schlesische	4	103,10 bz

Deutsche Fonds.

Badische Eisenb.-Anleihe	4	104,75 B
Präm.-Anl. v. 55 à 100 Rt.	3½	142,00 bz
Hess. Präm.-Sch. à 40 Rt.	—	303,40 bz
Bad. Prämien-Anleihe	4	—,—
do. 35-fl.-Loose	—	—,—
Bair. Prämien-Anleihe	4	134,80 G
Braunschw. 20 Rt.-Loose	—	95,50 G
Köln-Mindener Pr.-Anl.	3½	129,20 bz
Dessauer Präm.-Anleihe	3½	128,00 B
Gotha Gr.-Cr.-Pr.-Pfdbr.	3½	108,50 B
do. do. do. 2. Em.	3½	105,00 bz
Hamb. Präm.-Anl. 1866	3	196,75 bz
Lübecker Präm.-Anleihe	3½	183,40 bz
Meininger Loose	—	25,30 G
do. Präm.-Pfdbr.	4	120,25 G
Oldenburger Loose pr. St.	3	157,60 bz

Fremde Fonds.

Oester. Gold-Rente	4	92,70 bz
do. Papier-Rente	4⅕	68,80 bz
do. Silber-Rente	4⅕	69,10 bz
do. 1854-Loose	4	111,50 G
do. 1858-Loose	—	304,00 G
do. 1860-Loose	5	117,90 bz
do. 1864-Loose	—	—,—
Ungar. Goldrente	4	83,90 bz B
Russ. Boden-Credit	5	98,00 bz
Russ. consol. Anl. v. 1871	5	99,20
do. do. v. 1872	5	99,20
do. do. v. 1873	5	99 20
do. Anleihe v. 1875	4½	94,30
do. do. v. 1877	5	100,85 bz

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

	Div.	Zf.	
Bergisch-Märkische	0	0	—,—
Berlin-Dresden	0	4	19,30 bz G
Halle-Sorau-Guben			—,—
Ostpr. Südbahn	5⅚	4	88,60 bz
Rheinische			—,—
do. La. B. St. g.			—,—
Ludwigh.-Bexbach	9	4	218,25 B
Mainz-Ludwigsb.	4⅕	4	91,70 bz
Meckl. Fr.-Franz	9⅕	4	176,50 bz
Werrabahn	5	4	82,30 G
Dux-Bdb. La. A. B.	9	4	135,00 bz G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	7₀₂	4	85,00 bz G
Gotthardbahn (90 pCt.)	2½	4	109 20 bz
Kaschau-Oderberg	4	4	62,40 G
Oesterr. Franz-S.	6⅖	4	402,50 bz
do. Nordwestbahn	4	4	—,—
do. do. La. B.	5	4	—,—
Russische Staatsbahn	7₅	5	127,75 bz
Südösterr. (Lomb.)	1⅕	4	—,—
Warschau-Wien	10	4	251,30 bz G

Verstaatl. Eisenb.-Stamm-Actien.

	Div.	Zf.	
Altona-Kiel	9⅕	4	—,—
Berlin-Hamburg	16⅓	4	—,—
Berlin-Stettin	—	—	—,—
Breslau-Schw.-Freib.	4½	4	—,—
Franz-Josephbahn	5⅙	5	86,90 bz G
Kronpr.-Rudolphbahn	4½	5	77,50 bz G
Niederschles.-Märk.	4	4	102,80 G
Oberschlesische	10½	3½	—,—
do. La. B.	10½	3½	—,—
Stargard-Posen	4½	4½	104,90 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

	Div.	Zf.	
Altdamm-Colberg	4½	4½	107,10 G
Berlin-Dresden	0	5	47,00 bz G
Breslau-Warschau	2¼	5	66,25 G
Halle-Sorau-Guben		5	—,—
Marb.-Mlawca	5	5	112 40 bz
Nordh.-Erfurt	5	5	108,90 bz
Oberlausitzer	0	5	86,00 bz G
Ostpreußische Südbahn	5	5	122,40 bz
Saalbahn	3¼	5	97,00 bz
Weimar-Gera	1⅓	5	86,00 bz G

Eis.-Prior.-Act. u. Oblig.

Berg.-Märk. 3. S. 3¼ gar.	3½	100,25 B
do. do. La C	3½	100,25 B
Berlin-Anhalter	4½	103,60 bz
Berlin (Oberlausitzer)	4½	—.—
Berlin-Görlitzer	4	—,—
Berlin-Hamburger I. II. E.	4	103,60 G
Berl.-Magdeb. La. C. neue	4	103,50 G
do. La. D. neue	4½	103,90 bz G
do. La. E.	4½	—,—
Berl.-Stett. 3. S. (3½) g.	4	104,20 bz B
do. 4. S. (4½) g.	4	104,20 bz B
Bresl.-Schw.-Freib. La. J.	4½	103,60 G
do. La. K.	4½	103,60 G
Cöln-Mindener 1. Em.	4½	—,—
do. 2. Em.	4	—,—
Halle-Sorau St. g. A. B.	4½	103,90 B
Halle-Sorauer St. Littr. C.	4½	—,—
Magdeburg-Halberstädt.	4½	103,70 G
do. Leipzig La. A.	4½	105,00 bz B
Oberschlesische Em. v. 1879	4½	106,00 G
do. Em. v. 1880	4½	103,75 G
do. (Stargard-Posen)	4	—,—
do. do. 2. Em.	4½	—,—
do. do. 3. Em.	4½	—,—
Ostpreuß. Südbahn conv.	4½	103,50 B
Rechte Oberufer	4½	—,—
Rheinische 3. Em. 58, 60	4½	—,—
do. v. 62, 64, 65	4½	103,30 bz G
Thüringer 4. Serie	4½	103,60 G
Gal. Carl-Ludwigsb. gar.	4½	81,50 G
Gotthardbahn 1. u. 2. S.	5	—,—
3. S.	5	103,10 G
Kaschau-Oderberg gar.	5	83,40 G
Kronprinz-Rudolfbahn	4	75,90 bz G
Oest.-Franz-Stsb. alte gar.	3	406,00 bz
do. do. 1874 gar.	3	395,20 G
do. Ergänzungsnetz gar.	3	390,00 bz G
do. Franz-Staatsbahn	5	106,90 bz
do. do. 2. Em.	5	106,90 bz
Reichenb.-P. (S. N. Verb.)	5	83,60 bz
Schwz.-Centr.- u. Nordostb.	4	——
Südöst. Bahn (Lomb.)	3	312,00 G
do. do. neue	3	318,75 G
Baltische	5	93,80 G
Brest-Grajewo	5	95,10 bz
Charkow-Asow, gar.	5	[illegible]2,20 bz
do. in Liv. Sterl.	5	[illegible]00,10 bz
Jelez-Orel, gar.	5	101,80 bz
Jelez-Woronesch, gar.	5	100 40 bz
Kozlow-Woronesch, gar.	5	102,80 G
do. Oblig.	5	88,00 B
Kursk-Charkow, gar.	5	101,90 bz
do.-Chark.-Asow (Oblig.)	5	93,00 bz
Kursk-Kiew, gar.	5	103,30 bz
Schuia-Iwanowa, gar.	5	101,60 bz
Warschau-Terespol, gar.	5	102,80 bz
Warschau-Wien, 2. Em.	5	103,25 bz
do. 3. Em.	5	103,00 bz
do. 4. Em.	5	102,90 bz
do. 5. Em.	5	102,75 bz
Zarsko-Seelo	5	75,25 G

Hypotheken-Certifikate.

Dtsch. Grund.-Pfd. (rz. 110)	3½	98,20 bz G
do. do. 4. (rz. 110)	3½	98,00 bz G
Dtsch. Hypoth.-Pfdbr.	5	107,10 G
do. do. do.	4½	100,30 G
Kruppsche Oblig. (rz. 110)	5	—,—
Mecklenb. Pfd. 1. (rz. 125)	4½	119,00 G
do. do. 2.	4½	100,40 G
Nordd. Grd.-Credit-Bank	5	100,75 bz G
do. do. Pfandbr.	0	—,—
Pomm. Hyp.-Pfd. (rz. 120)	5	113,25 G
do. 2./4. (rz. 110)	5	107,25 G
do. 3. (rz. 100)	4½	100,10 G
do. 2. (rz. 110)	4½	105,00 G
Pr. B. Hp. B. unkb. (rz. 110)	5	110,90 G
do. do. (rz. 100)	5	106,25 G
do. do. (rz. 115)	5	101,00 G
Pr. Centrb.-Pfd. künd.	4	—,—
do. unkündb. (rz. 110)	5	112,75 B
do. do. (rz. 100)	4½	112,25 bz G
Preuß. Hyp.-Bank (rz. 120)	4½	116,90 G
do. do. do. (rz. 100)	5	100,10 G
Schles. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	103,80 G
do. do. do.	4½	109,75 G
Stett. Nat.-Hypoth.-Pfdbr.	5	101,85 G
do. do. do. (rz. 110)	4½	106,00 bz G
Südd. Boden-Cred.-Pfdbr.	4	102,50 G

Bank-Papiere.

B. f. Sprit-Prd.-H.	4½	4	89,50 bz G
Berliner Kassenverein	5½	4	124,10 bz
do. Hand.-Verein	7	4	143,00 bz G
do. Makler-Verein	6¾	4	—,—
Börsen-Hand.-Verein	10	4	137,75 bz G
Bresl. Disconto-Bank	5	4	90,00 bz B
Danziger Privat-Bank	9	4	138,00 bz B
Darmstädter Bank	8¼	4	139,50 bz
do. Zettelbank	5½	4	108,50 B
Deutsche Bank	9	4	155,60 bz
Disconto-Com.	10½	4	218,10 bz
Gothaer Grunderb.-Bank	0	4	59,30 bz
Königsb. Vereinsbank	6	4	106,25 B
Leipziger Credit-Bank	10	4	168,30 B
do. Disconto	7	4	100,50 bz G
Lübecker Bank	5½	4	102,50 G
do. Comm.-Bank	6	4	85,00 B
Magdeb. Privat-Bank	5	4	115,00 bz G
Mecklenburger Hypothek.	6	4	107,20 G
Meininger Credit-Bank	5¼	4	—,—
do. Hypothekenbank	4¾	4	94,40 bz B
Norddeutsche Bank	8⅓	4	147,75 G
do. Grundcredit	0	4	51,80 bz G
Petersb. Disconto-Bank	14	4	184,25 bz G
do. Intern. Bank	11½	4	125,00 B
Pomm. Hypothekenbank	0	4	48,10 bz G
Pos. Provinzial-Bank	6⅓	4	—,—
Pr. Boden-Credit-Anst.	5½	4	105,00 bz B
do. Central-Bod.	8¾	4	132,00 bz
do. Hypoth.-Act.-Bank	5	4	100,25 G
Reichsbank	6¼	4	137,50 bz B
Rostocker Bank	5½	4	—,—
Schaafhaus. Bankverein	4	4	89,00 G
Schles. Bankverein	6	4	104,00 bz G
Südd. Boden-Credit-Bank	5⅕	4	139 25 G
Weimarische Bank	5	4	72 60 bz

Industrie-Papiere.

Staßfurter Chem. Fabr.	10	4	133,25 G
Deutsche Baugesellschaft	1½	4	88,75 bz
Unter den Linden	0	4	20,70 bz
Bazar	8½	4	162,00 G
Brauereigesellsch.: Ahrens	3½	4	88,00 bz G
Böhmisches	9	4	252,25 G
Bock	3½	4	123,00 bz G
Landree	7	4	165,00 G
Patzenhofer	20	4	684,00 bz
Tivoli	3½	4	129,00 bz G
Cichorien-Fabrik	6	4	105,90 bz
Egedorffer Salinen	6⅝	4	114,50 bz G
Immobilien	4¼	4	104,00 G
Kammgarnsp.-Gesellsch.	1½	4	76,00 G
Maschinen-Fabrik Eckert	9	4	124,50 bz G
do. Freund	6	4	119,25 G
do. Hartmann	9	4	120,50 bz G
do. Schwarzkopff	16	4	351,00 bz G
do. Stettiner	0	4	49,00
Nähm. Frister u. Roßm.	4	4	79,10 G
Omnibus-Gesellschaft	9½	4	188,10 bz G
Pferdebahn Große	9¾	4	248,00 bz G
Stobwasser Lamp.	4	4	85,10 G
Viehmarkt	0	4	47,00 bz

Bergw.- u. Hüttengesellschaften.

Bochum. Bergwerk A.	0	4	46,10 B
do. Gußstahl-Fabr.	10	4	120,00 G
Borussia Bergwerk	5	4	63,90 B
Cölner Bergwerk	7	4	105,25 bz G
Donnersmarckhütte	3½	4	32 10 bz G
Dortmunder Union	0	4	——
Duxer Kohlenver.	0	4	81,25 bz
Gelsenkirchener	7	4	112,00 bz G
Harpener Bergbau	0	4	75,00 G
Hibernia	6	4	97,40 bz
Königs- u. Laura-Hütte	4½	4	73,50 bz
König Wilhelm	0	4	38,00 bz G
Louise Tiefbau	2	4	33,25 bz
Schlesische Kohlenwerke	0	4	14,60 G
do. Zinkhütten	6	4	115,75 bz
Stolberger Zink-Hütten	0	4	32,70 bz G
do. do. St.-P.	4	4	101,00 bz B
Tarnowitz. Bergbau	0	4	22,00 bz G
Warstein. Gruben	0	4	—,—
Westfälische Union	8	4	101,50

Bank-Disconto in:

Berlin 3 pCt. (Lomb.) 4
Amsterdam 2½ pCt.
London 2 pCt.
Paris 3 pCt.
Budapest 4 pCt.
Belgische Plätze 3 pCt.
Wien Oesterreichische W. 4 pCt.
Petersburg 6 pCt.

Wechsel-Conto vom 12.

Amsterdam 3 Tage	2½	169 40 bz
do. 2 Monat	—	168,85 bz
London 8 Tage	2	20,42 bz
do. 3 Monat	—	20,34 bz
Paris 8 Tage	3	81,20 bz
do. 2 Monat	—	80,85 bz
Budapest 8 Tage	4	—,—
do. 2 Monat	—	—,—
Belgische Plätze 8 Tage	3	81,00 bz
do. 2 Monat	—	80,75 bz
Wien Oesterr. W. 8 Tage	4	161,85 bz
do. 2 Monat	—	161,20 bz
Petersburg 3 Wochen	6	201 60 bz
Russ. Noten 100 Rub.	—	—,—

Gold- und Papiergeld.

Dukaten pr. Stück	——
Sovereigns	20,36 bz
20 Franks-Stück	16,26 B
Imperials	—,—
Imperials p. 500 Gr.	1395,00 bz
Englische Banknoten	20,41 bz
Französische Banknoten	81,35 bz
Oesterreich. Banknoten	161,95 bz
do. Silberg.	—,—
Russ. Noten 100 Rub.	202,00 bz

Stettin, den 12. April.

	Div. 1885	Zf.	
Stettiner Stadt-Oblig.	—	4	—,—
do. Börsenh.-Oblig.	—	4	—,—
do. Schauspl.-Oblig.	—	4	—,—
do. Gem.-B.-G.-A.	—	5	—,—
Berlin-Stett. Eisenbahn	—	4	—,—
do. Prioritäts	—	4	—,—
do. do.	—	0	—,—
Germania	15	4	142,50
Preuß. Nat.-Vers.-Ges.	26	4	165,00
D. Allg. Vers.-A.-G. für See-, Fl.- u. Land-Tr.	0	4	—,—
Nordd. See- u. Fl.-V.-G.	25	4	116,00
Pomerania	8⅓	4	109,25
Preuß. See- u. Fl.-V.	0	0	—,—
Union, See- u. Fl.-V.	26	4	117,00
Neue Dampfer-Comp.	4	4	85 00
Stett. Dpf.-Schl.-A.-G.	—		—,—
N. Stett. Zucker-Sieder.	3⅕	4	—,—
Pomm. Prov.-Zck.-Sied.	20	5	250,00
Pommerensd. Ch.-P.-F.	10	4	2500,00
do. Seif. u. Chem.-F.			—,—
Stett. Dampfm.-A.-G.	8	4	—,—
do. Walzmühlen-A.	26⅔	4	—,—
do. M.-B.-G. Vulcan	8	4	550,00
do. do. St.-Prior.	8	5	——
do. do. junge	—	5	—,—
do. Brauerei Elysium	—	5	—,—
do. Portl.-Cem.-Fabr.	20	4	2090 00
do. Cham.-F. Didier	20	4	275 50
do. Bergschloß-Brauer.	—	4	—,—

Börsenbericht.

Stettin, 12. April. Wetter: bewölkt. Temp. + 8° R. Barom. 28" 3"'. Wind W.

Weizen still, per 1000 Klgr. loko gelb. u. weiß. 146 bis 156 bez., per April-Mai 157,5 G., per Mai-Juni 158 B., per Juni-Juli 160 bez., per Juli-August 163 G., per September-Oktober 164 bez.

Roggen flau, per 1000 Klgr. loko inl. 125—130 bez, per April-Mai 131,5—131,25 bez., per Mai-Juni 132,5 B., per Juni-Juli 134,5—134 bez., per Juli-August 135,5—135 bez., per September-Oktober 136 bez.

Hafer per 1000 Klgr. loko 122—130 bez.

Spiritus fester, per 10,000 Liter % loko o. F. 33,9 bez., per April-Mai 35,2 G., per Mai-Juni 35,8 bez. u. G., per Juni-Juli 36,6 G., per Juli-August 37,2 bez., 37,4 G., per August-September 38 bz., 38,1 G.

Petroleum per 50 Klgr. loko 12 verst. bez

Bilance am 31 Dezember 1885

Activa.				Passiva.			
Grundstücke, Gebäude u. Maschinen	M.	250,000	—	Kapital-Konto	M.	635 625	—
Säcke, Steinkohlen, Pferd und Wagen	"	19,103	96	Reserve-Fonds	"	197,990	73
Bestände an Mehl und Getreide	"	705,402	68	Unterstützungs-Fonds	"	10,000	—
Kassa-Bestand	"	44,242	42	Garantie-Fonds	"	80,000	—
Wechsel-Bestand	"	368,500	—	Baureserve-Konto	"	109,788	63
				Schuldbuch Konto	"	134,095	40
				Laufende Accepte	"	49,349	30
				Dividenden-Konto: rückständige pro 1884 M. 900, pro 1885 à 26⅔ % M. 169,500		170,400	—
	M.	1,387,249	06		M.	1 387 249	06

Debet. Gewinn- und Verlust-Konto. Kredit.

Debet			Kredit			
Abschreibungen: Auf Gebäude M. 43,000,—; Maschineneinrichtungen M. 13,260,55; Utensilien, Säcke, Pferd u. Wagen M. 13,000 —	69,260	55	Betriebs-Ueberschuß	M.	286,711	90
Zum Garantie-Fonds	20,000	—				
" Reserve-Fonds	27,951	35				
Dividende pro 1885 à 26⅔ %	169,500	—				
M.	286,711	90		M.	286,711	90

Direktion der Stettiner Walzmühle.

E. Brunnckow. R. Reer.

Seit dem Tode der Mutter war das Band, das sie noch mit den Geschwistern verknüpfte, überdies um vieles lockerer geworden.

Die Schwestern gingen in ihren Häuslichkeiten auf, sie waren brave, zärtliche Gattinnen, sparsame Wirthinnen, gewissenhafte Mütter.

Hans hatte die Heimath ganz verlassen und war an die Oder zum Bruder Kreisrichter gegangen, der ihn das dortige Gymnasium zu Ende besuchen ließ. Von Augustins Tode hatte Margarethe die Ihren durch die Pastorin, die zum Begräbniß gekommen, benachrichtigen lassen — sie selbst sei zu aufgeregt — es war daheim und auch den Brüdern nicht aufgefallen, man hatte sein Beileid ausgedrückt und damit war es am Ende gewesen mit den geschwisterlichen Beziehungen — bis jetzt — Niemand ahnte ja von den Ihren, welches neue Leid über die viel geprüfte Schwester gekommen, die traurig und verlassen unter bedrückenden Verhältnissen ihre lichtlosen Tage dahinschleppte — freilich, die Aerzte der Klinik hatten ihr die ganz bestimmte Hoffnung gemacht, daß sie nicht blind bleiben würde — innerhalb einiger Monate sollte die Operation gewagt werden, aber trotzdem enthielt ihre augenblickliche Lage so viel des Qualvollen.

O, man muß selbst Wohlthaten empfangen haben, um zu wissen, welch eine namenlose Demüthigung für den feinfühlenden Menschen in dem Bewußtsein liegt — „Du fällst der öffentlichen Barmherzigkeit zur Last!", um nachzuempfinden, was Margarethe litt — trotzdem die Aerzte wenigstens in keinerlei Weise verriethen, daß sie wußten, ihre schöne bleiche Patientin mit den vornehmen Manieren war von der Armendirektion der Stadt unter ihre Obhut gestellt, im Grunde genommen kümmerte es sie ja auch nichts — ihr Honorar erhielten sie aus königlichen Kassen — sie verloren und gewannen nichts durch den einzelnen Kranken.

Traurig war es für die junge Frau auch, daß ihre Mitstationirten wieder ganz ungebildete Personen waren. Die Patienten dritter Klasse, d h. diejenigen die von den verschiedenen Armendirektionen resp Krankenkassen nach der Klinik gebracht worden, waren immer zu Sechsen in einem Zimmer untergebracht — in einem jener sehr sauberen, hohen und besonders sehr gut ventilirten Räume, welcher ihnen andererseits aber auch nicht die geringsten Bequemlichkeiten bot: harte Matratzenlager, noch härtere Holzstühle und Holzbänke — große unbedeckte Tische, das war die Einrichtung der dritten Klasse — während die Patientinnen zweiter und erster Klasse nur zwei und zwei einlogirt waren oder gar allein mit einer Wärterin oder Diakonissin einen zierlich eingerichteten Raum bewohnten, in dem ihnen wirkliche Behaglichkeit geboten wurde.

So verging die Zeit der armen Dulderin qualvoll langsam; die einzige Abwechslung und die einzige Freude in diesem lichtlosen Dasein waren Lieschens Besuche. Die Kleine kam, so oft es die Anstalt erlaubte, und mit ihrem Geplauder zauberte sie hin und wieder sogar ein Lächeln auf die bleichen Lippen ihrer lieben, schönen Madame.

Aber es waren immer nur zwei kurze Stunden, die nach zweitägigem Warten solchem Beisammensein gegönnt, dann saß die Blinde wieder still auf ihrem Holzstuhl, die Hände im Schooß gefaltet, und starrte vor sich — und so verloren war sie in ihre traurigen Gedanken, daß sie die oft recht wenig christlichen Lamentationen ihrer Stubengenossinnen ganz überhörte.

Sie klagte nie, nie kam ein Laut der Ungeduld über ihre Lippen, und mit dieser rührenden Ergebenheit hatte sie sich denn auch bald die Wärterinnen gewonnen. Still, das bleiche Dulderingesicht auf die Brust geneigt, saß sie denn auch heute.

Es ist wieder ein prächtiger Frühlingsmorgen und in dem fünften Monat ihres Aufenthalts in der Anstalt. Fünf andere Frauen stehen oder sitzen im Gemach umher, sie sprechen laut und heftig — wie nur zu oft sind sie auch heute wieder im Laufe ihrer stets außerordentlich leidenschaftlich geführten Unterhaltung gänzlich abweichender Meinung geworden und wer weiß, zu welcher Szene es gekommen, wenn nicht eine der Wärterinnen — die andere ist eben hinausgegangen, um das Frühstück aus den Wirthschaftsräumen herbeizuholen — sehr energisch ihr Veto eingelegt hätte.

Da öffnete sich die Thür, der Assistenzarzt erschien auf der Schwelle.

(Fortsetzung folgt.)